

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 8,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Illustration“ Sonntagshilfsblätter „Reich und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kassen“, „Stadtbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Bühnenwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tatort“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsausgabe 50 Pfennig. Beilagezeitung 2. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pfennig (zuletzt zwei Heftausgaben). Jedes weitere Heft 12 Pfennig. „Stadtbeilage“ das erste Heft 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Wochenspiegel über 15 Buchstaben 10 Pfennig für zwei Monate. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 20 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Unter den Eichen 10, wochentlich von 5 1/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Köhlfeld 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536 - Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Postkonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

## Die Montanherren unbelehrbar.

### Sie lehnen jedes Zugeständnis ab. - Schlichtungsverhandlungen erst am Sonnabend. - Keine Aussicht auf Einigung.

St. J. Essen, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen, die gestern zwischen den Parteien in Essen sowohl für die Schwerindustrie wie für die weiterverarbeitende Industrie des Ruhrgebiets ergebnislos abgebrochen werden mußten, wurden durch die Haltung der Unternehmer von vornherein zu einer Formschere herabgedrückt. Die Unternehmer stellten sich von vornherein auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt, sowohl was die Forderung für die Arbeitszeit wie auch für die Löhne betrifft. Die Verhandlungen zwischen der sogenannten nordwestlichen Gruppe der Grobblei- und Metall verarbeitenden Industrie des Ruhrgebiets laufen neben dem Konflikt, der durch die Stilllegungsandrohung der Stahl- und Walzwerke und der weiterverarbeitenden Industrie entstanden ist.

Diese Stilllegungsandrohung richtet sich in Wirklichkeit einzig gegen den Staat.

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, die gestern scheiterten, betreffen 220 000 Arbeiter. Die freien Gewerkschaften fordern für diese 220 000 Arbeiter erstens einmal überall den Achtstundentag, sowohl für die weiterverarbeitende Industrie wie auch für die Grobbleiindustrie, soweit er dort, wie in den eigentlichen Hochofenwerken, noch nicht besteht. Es besteht im Ruhrgebiet für die nordwestliche Gruppe gegenwärtig für die weiterverarbeitende Industrie die 5 1/2stündige, für die Hütten- und Walzwerke die 5 1/2stündige Arbeitszeit. Diese wurde zuletzt im Sommer 1927 verkürzt und für diese Arbeitszeitverkürzung trat damals ein Lohnausgleich nicht ein.

### Die Forderungen der Gewerkschaften.

Für die Arbeitszeitverkürzung, die im Sommer 1927 eintrat, und für die Arbeitszeitverkürzung, die durch die Forderung der Gewerkschaften jetzt ab 1. Januar eintreten soll, fordern die freien Gewerkschaften, denen sich im wesentlichen auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen haben, einen Lohnausgleich, der von 12,2 bis 17,4 Pf. geht, je nach der Größe der eingetretenen bzw. einzutretenden Arbeitszeitverkürzung. Außerdem fordern die freien Gewerkschaften mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung eine Lohnerhöhung von 10 Pf. Gegenwärtig betragen die Löhne der Facharbeiter 75 Pf. die Stunde, die der volljährigen Hilfsarbeiter 59 Pf. die Stunde. Von diesen Arbeitern sind etwa 75 Proz. in Akkord beschäftigt. Bei diesen letzteren ist teilweise ein Lohnausgleich durch technische Verbesserungen und durch die infolge der Konjunktur durchgeführte Erhöhung der Akkordlöhne eingetreten.

Die christlichen Gewerkschaften fordern nicht die allgemeine Einführung des Achtstundentages. Sie beschränken sich auf die Verordnung, die nur in den Stahl- und Walzwerken das Dreischichtensystem einführt, in der weiterverarbeitenden Industrie jedoch die 5 1/2 stündige Arbeitszeit bestehen läßt. Soweit die Löhne in Frage kommen, fordern die christlichen Gewerkschaften für die Facharbeiter generell 90 Pf. Spitzenlohn, was teilweise nicht einmal den Lohnausgleich für die eingetretene Arbeitszeitverkürzung darstellen würde und in keinem Falle eine irgendwelche nennenswerte Erhöhung der Löhne, d. h. einen Ausgleich für die Teuerung bringen würde.

Die Unternehmer lehnen jedoch sowohl die Forderungen der freien, wie die der christlichen Gewerkschaften ab.

Infolgedessen konnte gestern bei den Verhandlungen eine Annäherung der Standpunkte der beiden Parteien nicht einmal versucht werden. Es wurde in den Verhandlungen gestern auch die Verordnung des Reichsarbeitsministers gestreift und die Stilllegungsdrohungen der Unternehmer. Über auch hier kam es zu keiner grundsätzlichen Aussprache, weil die Unternehmer in allen Fragen einen absolut ablehnenden Standpunkt einnehmen und sich auf keine Konzessionen irgendwelcher Art einlassen wollen.

Die Ruhrindustriellen haben nicht nur den gemeinsamen Kampffonds gesammelt, indem sie 5 Mark pro Kopf und Monat der Belegschaft gezahlt, sondern sie darüber hinaus ungeheure Mittel bereitstellen, um den Kampf gegen die Gesamtwirtschaft und gegen den Staat aufnehmen zu können.

Der Schlichter hatte die Parteien zunächst für morgen zu Verhandlungen geladen, doch ist es wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen erst am Sonnabend beginnen werden. Auch hier kann man schon jetzt mit aller Sicherheit voraussagen, daß es zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommen wird, und zwar deshalb nicht, weil die Unternehmer jede ernstliche Konzession ablehnen werden. Die Unternehmer haben sich von vornherein auf Kampf eingestellt und darauf lange vorbereitet.

Daher werden die Verhandlungen wohl scheitern, und der Schlichter wird gezwungen sein, von sich aus einen Schiedsspruch zu fällen.

### Faule Ausflüchte.

#### Ein Rechtfertigungsversuch der Schwerindustrie.

In der „Täglichen Rundschau“ sucht ein schwerindustrieller Anonymus die Stilllegungsandrohung der Eisenmagnaten zu verteidigen. Die Form, in der das geschieht, zeugt von dem starken Eindruck, den die scharfe Kritik der Deffenlichkeit auf die Unternehmer gemacht hat. Jetzt auf einmal soll die Stilllegungsandrohung keine Kampfanzeige, sondern eine Vorsorge sein. Warum aber diese „Vorsorge“ schon einsetzt, ehe die Schwerindustrie überhaupt einen Versuch zur Durchführung des Dreischichtensystems zu machen, warum mit ihr gleich eine halbe Million Arbeiter getroffen werden soll, das verrät der Artikelschreiber nicht. Denn er — offenbar ein Führer der großindustriellen Scharfmacher — begnügt sich nicht mit der Brutalität, er ist wie viele seiner Kollegen auch zu feige, um zu den Konsequenzen seiner Auffassung zu stehen, wenn diese die berechtigte Kritik finden.

Pathetisch wiederholt der Anonymus die von uns bereits widerlegte Behauptung, daß das Dreischichtensystem und die geforderten Lohnerhöhungen eine schwere Gefährdung der Industrie bedeuteten. Wörtlich heißt es dann:

Die Eisenindustrie ist nicht ein zweites Mal in der Lage, die nötige Ertragslosigkeit der Jahre 1922 bis 1926 auf sich zu nehmen. Sie hat damals durchgehalten, um ihre Betriebe nicht untergehen zu lassen und ihre Arbeiter nicht dem Hunger auszuliefern. Die Last der ungeheuren Verschuldung aus jenen Jahren aber trägt sie noch heute und kann darüber hinaus nicht mehr geben.

Die Jahre 1922 und 1923 waren es, in denen die Schwerindustrie halb Deutschland zusammenkaufte, wo sie die Hand nach der Reichsbahn ausstreckte und den Ruhrkrieg anzettelte, für den die Unternehmer noch die fürstliche Entschädigung von 700 Millionen Goldmark bekamen. 1924 schien es allerdings, als ob die Schwerindustrie zu ersticken drohte, aber nicht an ihren Produktionslasten, sondern an dem in der Inflation aufgeschwemmten Fett. Die Leute, die damals an leitender Stelle der Rüstkonzerne eines Stinnes und anderer Magnaten standen und damals ihre Unfähigkeit im Verstehen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge bewiesen haben, dieselben Leute haben später auf dem Rücken ihrer Arbeiterklasse die Nationalisierung durchgeführt. Heute sind sie die Führer bei der Rebellion der Unternehmer gegen den Staat, heute treiben sie denselben „Unternehmerbolshewismus“ wie in der Inflation. Damals wurden sie reich — heute behaupten sie, die Jahre 1922 und 1923 seien Verlustjahre gewesen! So dick braucht man den Schwanzel denn doch nicht gleich aufzutragen wenn auch zugegeben werden mag, daß die Sache der Schwerindustrie eine denkbar schlechte ist und daher normale und anständige Mittel zu ihrer Verteidigung nicht ausreichen. Diese Methoden richten sich in der Deffenlichkeit von selbst. Denn sie sind ein Beweis für das schlechte Gewissen, das die Eisenmagnaten packt, nachdem sie sehen, was sie mit der frivolen Herausforderung angerichtet haben.

### Strafen bei mehrfachen Delikten.

#### Schärfung der Höchststrafe abgelehnt.

Der Strafgesetzschatz des Reichstags bewirkt heute die Bestimmungen des Gesetzesentwurfs, die sich auf das Zusammenreffen mehrerer Gesetzesverletzungen beziehen. Wenn auf dieselbe Tat mehrere Strafgesetze anwendbar sind, oder wenn durch die Tat dasselbe Strafgesetz mehrfach verletzt ist, so soll nach § 65 nur auf eine Strafe erkannt werden. Das Höchstmaß der Strafe darf um die Hälfte überschritten werden.

Sozialdemokratische Anträge, die von den Genossen Landsberg und Levi begründet wurden, wünschten eine Herabsetzung des Höchstmaßes der Strafe. Die sozialdemokratischen Anträge wurden aber abgelehnt und der Regierungsentwurf unverändert angenommen. Die Beratung dauert noch an.

5400 Gesetzesentwürfe liegen bereits jetzt bei Beginn der Winter-tagung dem amerikanischen Repräsentantenhaus vor. Das Frei-gesetz über das deutsche Eigentum ist in der Form wieder-eingebracht worden, die es in der letzten Tagung erhalten hatte.

## Danziger Fragen in Genf.

### Streit um den polnischen Munitionshafen.

E. L. Danzig, 7. Dezember.

Wie schon so häufig, muß sich auch die diesmalige Tagung des Völkerbundesrates mit einigen Danziger Fragen beschäftigen. Es ist fast typisch für die Danzig-polnischen Beziehungen, daß der Schlichter der Freien Stadt Danzig, der Völkerbund, als oberster Schlichter immer wieder Danzig-polnische Streitpunkte entscheiden muß. Zweifellos trug daran in früheren Jahren häufig Polen die Schuld. Es konnte nicht verschmerzen, daß die Reichskönigin Danzig ihm nicht einverleibt, sondern zur Freien Stadt erklärt wurde. Infolgedessen verwarf Warschau durch besondere Auslegung des Friedensvertrages und der Danzig-polnischen Staatsverträge seinen Einfluß in Danzig zu vergrößern. Tragisch ist allerdings, ob der Abwehrkampf, den Danzig unter der Leitung des vorwiegend deutschnationalen Senats gegen diese polnischen Ausdehnungspläne führte, immer klug geleitet war. Die deutschnationalen sträubten sich meistens gegen direkte und sachliche Verhandlungen mit Polen und ließen es lieber auf Entscheidungen durch den Völkerbunds-kommissar in Danzig und den Völkerbundsrat selbst ankommen. Sehr erfolgreich war diese Taktik für Danzig nicht. Die Danziger Zollbehörde wurde Polen unterstellt, Danzig bekam eine polnische Post und einen polnischen Munitionshafen.

Die Frage des polnischen Munitionshafens in Danzig steht auch dieses Mal wieder in Genf zur Entscheidung. 1924 hat der Völkerbundsrat bestimmt, daß Danzig in seinem Hafen Neufahrwasser ein neues Becken zur Verladung von polnischem Kriegsmaterial anlegen muß. Die Errichtung des polnischen Munitionshafens an dieser Stelle wurde von der Danziger Bevölkerung um so widerspruchsvoller aufgenommen, als diesem Munitionshafen eines der beliebtesten Seebäder, die Westerplatte, die besonders von Arbeiterfamilien gern besucht wurde, zum Opfer fiel. Das Munitionsbecken ist inzwischen fertiggestellt und seit einiger Zeit wird hier Munition verladen. Nun ist zwar der Munitionshafen durch einen hohen Erdwall von seiner Umgebung abgetrennt worden, um die Auswirkungen einer eventuellen Explosion herabzumindern. Trotz alledem ist die Bedrohung Danzigs durch diesen Munitionsverladeplatz sehr groß, wenn man bedenkt, daß an der gegenüberliegenden Seite der Hafeneinfahrt, nur etwa hundert Meter entfernt, der Danziger Freihafen liegt, und daß sich einige hundert Meter weiter der Danziger Hafenerd Neufahrwasser, in der Hauptsache eine Arbeiterstadt, befindet. Noch unangenehmer ist der polnische Munitionshafen deshalb für Danzig, als es befürchten muß, bei irgendwelchen kriegerischen Auseinandersetzungen Polens zum direkten Kriegsschauplatz zu werden.

Dieses Mal geht es in Genf nicht um die grundsätzliche Entscheidung, ob Munitionshafen oder nicht. Der Hafen ist da und der Republik Polen übergeben worden. Der Danziger Senat hat nun die Forderung gestellt, daß seine Organe und zwar Zollverwaltung und Polizei bei der Verladung von Munition hinzugezogen werden. Die Danziger Polizei soll das Recht erhalten, nachzuprüfen, ob den Sicherheitsvorschriften Genüge getan wird. Das lehnt Polen mit dem Hinweis ab, daß es Organen einer fremden Macht keinen Einblick in seine militärischen Verhältnisse geben kann. Aber auch die Hinzuziehung von Danziger Zollbeamten wird von Polen verweigert. Während Danzig als Kriegsmaterial, dessen zollfreie Einfuhr Polen gestattet ist, nur Waffen und Munition ansieht, legt Polen den Begriff Kriegsmaterial viel weiter aus, und versteht darunter auch die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln für sein Heer. Hier hat allerdings der Völkerbunds-kommissar in einer Entscheidung die Danziger Auslegung für richtig anerkannt, und der Völkerbundsrat wird sich sicher dieser Entscheidung anschließen. Darüber hinaus soll er nun auch die Hinzuziehung Danziger Organe bei der Verladung polnischer Munition erlauben.

Der polnische Munitionshafen in Danzig ist sicherlich eines der größten Hindernisse für eine Danzig-polnische Verständigung. Polen würde eine große moralische Eroberung machen, wenn es freiwillig auf den Munitionshafen in Danzig verzichten würde. Es mag sein, daß im Augenblick ein solcher Verzicht praktisch noch nicht durchführbar ist. Seit Jahren arbeitet Polen eifrig am Ausbau seines eigenen Hafens in Gdingen. Dieses ehemalige kleine Fischerdorf, das an dem schmalen Küstenstreifen Polens in der Danziger Bucht liegt, ist „zur Stadt erhoben“ worden, und mit französischem Kapital arbeitet Polen seit Jahren eifrig daran, hier einen eigenen modernen Hafen entstehen zu lassen. In den Sommermonaten war es auch schon möglich, in Gdingen größere Verfrachtungen vorzunehmen. Bei den letzten Herbststürmen hat es sich aber gezeigt, daß die dortigen Hafenanlagen noch nicht widerstandsfähig genug sind, um den Schiffen genügend Schutz zu bieten. Ein älteres Kriegsschiff, das Frankreich vor einiger Zeit der Republik



Polen als Schulschiff Ikenko, und das im Ödinger Hafen überwintern sollte, wurde dort durch die schweren Novemberstürme so arg demoliert, daß es auf der Danziger Werft in Reparatur gehen mußte.

Wenn man also bei den Danziger Linksparteien auch diese Unvollkommenheiten des Ödinger Hafens anerkennt, so würde eine Erklärung Polens, daß es nach Fertigstellung seines Ödinger Hafens auf das Danziger Munitionsboden verzichten würde, sehr zur Beruhigung der Danziger Bevölkerung beitragen. Hinzu kommt, daß das Munitionsboden nur an wenigen Tagen im Monat im Gebrauch ist, so daß diese Millionenanlage kaum ausgenutzt wird, während die übrigen Danziger Hafenanlagen für den gesteigerten Verkehr schon lange nicht genügen. Auch hier könnte Polen sehr zur Entspannung der Verhältnisse beitragen, wenn es den Munitionshafen zum allgütigen Handelshafen dem Danziger Hafenausgang überlassen würde, der ihn dann an bestimmten Tagen für Polen reservieren könnte.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage des Aufenthalts polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen. 1921 hatte Danzig und Polen ein Abkommen getroffen, das der Republik Polen das Recht gab, seine Kriegsschiffe — es handelt sich um einige frühere deutsche Torpedoboote — im Danziger Hafen überwintern zu lassen. Der Danziger Reichssenat hat dieses Abkommen im Frühjahr d. J. gestündigt. Polen hat diese Kündigung nicht angenommen und seinen ablehnenden Standpunkt besonders mit den ungenügenden Verhältnissen in seinem Ödinger Hafen begründet. Nun soll Genf den Streitpunkt entscheiden. Die Danziger Sozialdemokratie hat in diesem Falle die Politik des Reichssenats abgelehnt. Man ist sich zwar in allen deutschen Parteien Danzigs darüber einig, daß Danzig nicht auf die Dauer ein Marine- und Munitionshafen Polens werden darf. Ob aber der jetzige Zeitpunkt geeignet ist, die Entfernung der wenigen polnischen Kriegsschiffe aus Danzig, auf dessen Werft sie häufig in Reparatur gehen müssen, durchzusetzen, erscheint sehr fraglich.

Die Danziger Sozialdemokratie hatte deshalb auch letzten im Volkstag den Antrag gestellt, daß der Senat diese Streitfrage von der Genfer Tagessordnung zurückziehen sollte. Das wurde aber von den Rechtsparteien abgelehnt, trotzdem der Bürgerblocksenat nach dem für ihn vernichtenden Ausgang der Volkstagswahl am 13. November nicht mehr die genügende Autorität besitzt, um Danzig erfolgreich vor dem Völkerbund vertreten zu können. Wenn also Danzigs Unabhängigkeit immer wieder bedroht erscheint, so ist das vielfach nur die Folge der nationalistischen „Prellpolitik“ der Deutschnationalen. Jedenfalls wäre Danzig viel mehr mit der von der Sozialdemokratie geforderten Verständigungspolitik gebietet als mit deutschnationalem Kraftmetertum, das schließlich vor dem Völkerbundsforum immer wieder klein beigeben muß.

## Die Amtsbezeichnungen der Beamten.

### Der Reichspräsident soll die Titel bestimmen.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde zunächst über den § 4 des Beamtenbefolgungsgesetzes verhandelt, der folgenden Wortlaut hat:

„Änderungen der in diesem Gesetze vorgesehenen Amtsbezeichnungen erfolgen durch den Reichspräsidenten.“  
Hierzu lagen gleichzeitige Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten vor, die beide den Paragrafen streichen wollten. Der Vorstand des Reichstags beantragt, der Regierungsvorlage folgenden Satz anzufügen:

„Für die Beamten des Reichstags durch den Präsidenten des Reichstags; im Falle der Ablehnung dieses Zusatzantrages hinter dem Wort „Amtsbezeichnungen“ einzufügen „der Reichsbeamten“.

Zur Begründung der Anträge des Reichstagsvorstandes war der Präsident des Reichstages, Genosse Löbe, erschienen. Genosse Löbe wies darauf hin, es sei seit 1874 unvoränderliches Gesetz gewesen, daß der Reichstag selbst seine inneren Angelegenheiten regelt. Dieses Recht sei von keiner Regierung bisher angetastet worden. So hätte z. B. während des Kapp-Putsch Kapp selbst dem damaligen Direktor des Reichstags Jungheim Befehle wegen der Auflösung des Reichstags zukommen lassen wollen. Jungheim hätte aber abgelehnt, Befehle von Kapp entgegenzunehmen, da er nur dem Präsidenten des Reichstags unterstellt wäre. In der Abstimmung lehnten die Regierungsparteien geschlossen alle Anträge ab, so daß es bei der Regierungsvorlage verbleibt.

In schneller Folge wurde sodann der Rest des Gesetzes erledigt und bei den Abstimmungen wiederum alle Anträge der Opposition niedergestimmt. Als dann in die Beratung der Befolgungsordnungen eingetreten werden sollte, erklärte der Ministerialdirektor, der Reichsfinanzminister habe den dringenden Wunsch, vor Beginn der zweiten Aussprache über die Befolgungsordnungen noch einmal eine Erklärung der Reichsregierung abzugeben. Wegen einer Kabinettsitzung sei der Minister aber im Augenblick verhindert, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Er biete daher um eine kurze Vertagung. Der Ausschuss beschloß demgemäß.

## Rechtsblock gegen Beamte.

Wie wir erfahren, hat heute vormittag eine Besprechung zwischen Kabinettsmitgliedern und den Fraktionsvorstehenden der Regierungsparteien stattgefunden, die die Beamtenbefolgung zum Gegenstand hatte.

Wohlt im Anschluß an diese Besprechung gab Finanzminister Dr. Köhler heute mittag im Haushaltsausschuß des Reichstags die angekündigte Erklärung ab, das Kabinett sei an sich mit einer Erhöhung der Gehälter für die höheren Beamten einverstanden, sei dazu aber nicht in der Lage, wenn aus dieser Erhöhung Folgerungen für die mittleren und unteren Beamtengruppen gezogen werden sollten. Es werde also in der Hauptsache bei der vorgesehenen Regelung verbleiben müssen. Der preußische Vertreter betonte mit besonderem Nachdruck, daß die preußische Regierung eine Erhöhung nur für die höheren Beamten ablehnen und gegebenenfalls entsprechende Forderungen für die anderen Beamtenkategorien stellen müsse.

## Pläne der kommunistischen Opposition.

### Eigene Kandidaten — eigene Tageszeitung.

Die kommunistische Zentrale stößt Warmeise gegen die Opposition aus. Sie enthält in der „Roten Fahne“ die organisatorischen Pläne Rasnows:

„Erstens bei den kommenden Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

Zweitens beschloß man, aus tatsächlichen Erwägungen noch nicht zur formalen Gründung einer neuen Partei überzugehen, da dies im gegenwärtigen Moment politisch und wirtschaftlich (finanziell) nicht möglich sei und man ja „ohnehin eine Organisation bestimme“. Ferner sollen in dieser Frage noch Diskussionen russischer Oppositionsführer abgewartet werden. Die Vorbereitungen zur Bildung einer „Partei“ sollen weiter forciert werden, um jederzeit die Gründung auch offen zu ermöglichen.

Drittens sollen die Anstrengungen gesteigert werden, um die Leiter der „Weddinger Opposition“ und ihre Anhänger für die Spaltungsarbeit von Rasnow zu gewinnen.

Viertens wurde beschlossen, das in Suhl erscheinende Parteiorgan, den „Volkswillen“, zum Reichsfraktionsorgan zu machen und in allen Städten, wo Rasnow Anhänger besitzt, eine Perbung von Lesern für diese Zeitung durchzuführen. Diese Arbeit ist von Rasnow bereits in Angriff genommen worden.

Bei den Leitern der Suhler Parteiorganisation waren schon lange Bestrebungen im Gange, die von den Suhler Arbeitern aufgebaute Parteizeitung dem Rasnow in die Hände zu spielen. Diesen Weg haben jetzt die Guido Heym und andere Elemente in Suhl

beschritten. In der am 8. Dezember abgehaltenen Sitzung der Leitung des Suhler Unterbezirks wurde mit 11 gegen 6 Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

„Die Verlagsgenossenschaft wird beauftragt, ab 1. Januar 1928 eine Reichsausgabe des „Volkswillen“ für die Opposition innerhalb der Partei herauszugeben, um den getrennten Parteigenossen in der Partei und den Kommintern die Möglichkeit zu geben, sich über die nationalen wie internationalen politischen Streitfragen zu orientieren.“

Wir haben es hier mit einem offenen, in keiner Beziehung verhängnisvollen Versuch zu tun, den aus der Partei emigrierten Parteipalstern eine Tageszeitung zu verschaffen.“

Es wird den Leuten um Pief allmählich Angst vor den Spalttern aus den eigenen Reihen — denn aufs Spalttern haben alle Kommunisten studiert!

## Zum Tode Hermann Silber Schmidts.

### Beileidsfundgebungen von nah und fern.

Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sind zu dem Ableben unseres Genossen Silber Schmidt zahlreiche Beileidsfundgebungen eingetroffen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schreibt:

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund spreche ich anlässlich des plötzlichen Hinscheidens des Herrn Reichstagsabgeordneten Silber Schmidt meine aufrichtige Teilnahme aus.

Herr Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt hat als einer der erfahrensten Fachleute mit Aufopferung auf Grund seiner persönlichen Erfahrung bei dem Wiederaufbau unseres deutschen Wohnungswesens mitgewirkt. Auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung hat Herr Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt stets wertvolle Mitarbeit geleistet. Mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund empfinde ich in vollem Umfang den schweren Verlust. Darf ich die Bitte aussprechen, mein Beileid auch dem Allgemeinen Deutschen Baugewerksbund zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich Ihre sehr ergebener geg.: Dr. Brauns.

Vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf kam dieses Telegramm:

Herzliches Beileid zum Verluste des lieben Genossen und verdienstvollen Gewerkschaftsführers Hermann Silber Schmidt.  
geg.: Alb. Thomas.

Der Internationale Gewerkschaftsbund telegraphiert:

„Zum Tode des Genossen Silber Schmidt sprechen wir den deutschen Gewerkschaften unser aufrichtiges Beileid aus.“

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. in Berlin schreibt:

„Aufs Schmerzlichste berührt durch die Nachricht von dem Hinscheiden unseres treuen Freundes Hermann Silber Schmidt sprechen wir Ihnen zu dem Verlust dieses tatkräftigen und nimmermüden Kämpfers und Mitarbeiters unsere herzlichste Teilnahme aus.“

In jahrelanger Tätigkeit hat er es vermocht, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ihnen und unserem Bunde herzustellen, von der wir auch für die Zukunft noch manche Erfolge zugunsten der arbeitenden Mietermassen erhoffen.“

Sein Wirken wird in unseren Reihen unvergessen bleiben.“  
Der „Bund Deutscher Mietervereine e. V.“ (Sitz Dresden):

„Der so plötzlich Verstorbene, der Ihr besonderer Freund und Führer war, stand auch uns durch seine umfassenden Kenntnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens besonders nahe. Seine Tätigkeit und seine Hilfe in parlamentarischer Beziehung wird stets bei uns unvergessen bleiben.“

Beileidsfundgebungen sind in großer Zahl auch bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingetroffen.

Die Vereinigung Republikanische Presse hat heute, 8 Uhr abends, im Demokratischen Klub, Viktorstr. 24, eine Mitgliederversammlung, in der der Abgeordnete Otto Sandberg über „Presse, Republik und Stroschka“ sprechen wird.

## Konzert-Rundschau.

### Von Klaus Pringsheim.

Es gibt nichts Wackerlicheres als das typische Konzertprogramm, mit dem der große Geigenvirtuose die Hauptstädte des internationalen Musiklebens bereist. Mit Bach beginnt es, in der Mitte steht irgendein reichliches Violinkonzert, zum Schluß kommen die technischen Spezialitäten, die Kunststücke, übergehend in das musikalische Varietée der Jugobon: das Publikum will verblüfft, der Mann auf dem Podium bewundert werden. Nichts dagegen zu sagen; aber ein „Violinkonzert“ mit Klavierbegleitung (als Dreifachstück), das sollte in Berlin, zumal im großen Saal der Philharmonie, unmöglich sein. Das gewohnte Durcheinander von Musik aller Stile wird im zweiten Konzert, das Michale Elman hier gibt, noch vermehrt durch ein Nebenander unvereinbarer Gattungen des Russierens, Beethovens F-Dur-Sonate, intime Kammermusik, ist in diesem Raum so deplatziert wie in solchem Programm. Sie bleibt auch, nur geigerisch erfasst, der an Wirkung schwächste Teil des Abends. Kaum nötig aber hinzuzufügen, daß im Virtuosen, im Technischen — als Spezialist des ebenmäßig großen Tons — der Konzertegeber seinen Rang unter den Ersten der Gegenwart von neuem erweist. Kommt denn für ihn wie für die Öffentlichkeit der Zweck solcher Konzerte heraus? Und kaum nötig festzustellen, daß das übliche Programm ist, wenn es bei Bronislaw Huberman wiederkehrt, von dem kultivierten Musikvergeißt veredelt wird, der sich seiner bedient. Auch diesmal freilich, im Saal der Zweittausend, Kammermusikalisches: Sonaten von Bach und Hindemith. Bachs E-Dur vermag allenfalls, in ihrem konzertanten Stil, sich dem Ort anzupassen; nicht Hindemiths D-Dur. Huberman musiziert, gemeinsam mit dem ausgezeichneten Pianisten Siegfried Schulze, das dramatisch-erregende Frühwerk, das den heutigen Hindemith kaum ahnen läßt, mit einer an Selbstdrängen grenzenden Unvorsichtlichkeit der Auffassung. Hört man Huberman Sarasate spielen, so hält man für sein Persönliches den unpassendsten Chormusik eines Geigenists, die innere Anmut seiner Bogensführung; doch mehr und mehr sucht und findet er es in jener Art nachläßlicher Tiefgründigkeit, die als Spezialität des deutschen Meisters gilt. Die Verbindung mondän-gelächelnden Virtuositums mit grüblerischem Ernst, dem, um sich darin zu versenken, Bach, Beethoven, Brahms willkommene Terrain sind, — diese außerordentliche Verbindung ist es, die den großen aus der Reihe gleich großer Geiger hebt.

Geigerisches in Vollendung, Kammermusik in Vollendung bietet nie immer das Busch-Quartett in der Singakademie. Programm: Reger, Mozart, Beethoven. Gipfelfestung: Beethovens C-Dur-Streichquartett, das dritte aus Opus 59. Zwischen Busch, Huberman, Elman hat Maria Sing, die musterfüllte junge

Geigerin, es nicht leicht, den Platz zu behaupten, der ihr, gewiß, heute schon zukommt; edles Musikanten Temperament, ursprüngliche Begabung für das Instrument stehen außer Zweifel. Und ihre überaus rasche Abspitzigkeit beweist sie ein paar Tage später, am Flügel sitzend und auswendig die atemberaubenden Volksweisen begleitend, deren musikalische Erneuerung ihre gelungene Arbeit ist. Lulu Witz-Gmeiner, die sie in der Sprache ihrer Heimat singt, bietet sie — an ihrem zweiten Abend im Beethoven-Saal — ihren angedeuteten Hörern als Uraufführung. Die andere Uraufführung ihres Programms dient der Einführung eines neuen Komponisten, dessen Name, noch unbekannt in der Berliner Musikwelt, im nordwestdeutschen Konzertleben schon von sich reden gemacht hat: Bernhard Blau. Es ist zu sagen, daß sich in seinen Liedern ein durchaus ungewöhnliches, gar in der heutigen Musikatmosphäre seltenes lyrisches Talent überzeugend ausdrückt. In aller Stille, jenseit dem offiziellen Kunstbetrieb, ist dies Talent, das sich in sehr gewählter, übrigens sicher beherrschter Form kundgibt, langsam gereift. Das Liedwerk, von dem man einen schmalen Ausschnitt kennen lernt, erstreckt sich über eine Entwicklungszeit von zwei Jahrzehnten. Kein Wunder, daß es nicht genau der Ton von 1927 ist, der darin angeschlagen wird. Und kein größeres Glück für den Komponisten, als eine Interpretin zu finden wie Lulu Witz-Gmeiner. Hier ist höchste Gesangskunst, die in diesem wundervollen Rezitativ alle Gesänge der Abmähnung damit, und sie wird außerdem gehandhabt als Darstellungsmittel einer erlebenden, gefühlvollen Persönlichkeit, für die das Weimort „genial“ eben das rechte scheint. Schubert und Hugo Wolf erstehen in solcher Vermittlung, als würden sie zum erstenmal gefungen. Was dabei Michael Raubelien — nicht Begleiter, sondern am Flügel Mitwirkender —, was er, das ganze Jahr über, der immer hingebende, hingerrissene Anwalt der Kunstgattung Klavierlied, dem Konzertleben leistet, das kann nicht laut, nicht oft genug gepriesen werden.

Am selben Abend läßt sich die russische Sängerin Irma Kaufman hören — sie läßt, genauer gesagt, einen rüden Mi erschaffen, daß der Beethovenaal dehnt. Keine „Künstlerin“ nach bürgerlichem Sprachgebrauch; eher Straßen- als Konzertsängerin, echte Volksängerin, ihr Gebiet sind russische Volkslieder, europäische, asiatische, aus allen Teilen des Reichenreiches, lustige, melancholische, unabhängig ausgelebte. Sie singt sie herb, urtümlich, mit starker Wirkung. Uns fehlt, im heutigen Deutschland, was sie singt: fehlt als Haltung das Lied des heutigen Volkes, fehlt das heutige Gemeinschaftslied, fehlt, als Literatur, das proletarische Choralied. Immer wieder tritt in den Darbietungen unserer Arbeiterchöre dieser Mangel sichtbar zutage. Es sei denn, daß die Vertrogssetze, die letzten Sonntag in der Garnisonkirche, im Konzert der Berliner Liederkreunde, verbunden mit dem Erl-Jugendchor, nur aus geistlichen Gesängen besteht. Es war, wesentlich mit Worten aus dem Kreis der religiösen Kunstmusik — darunter dem achtzigsten Psalm 91 aus Mendelssohns „Elias“ — ein anspruchsvolles

Programm. Mit seiner Bewältigung haben die vereinten Chöre unter ihrem Leiter Alfred Göpel einen neuen Beweis ihres oft bewährten Könnens geliefert.

Geistliche Musik auch in der Philharmonie, im Konzert der — von Alexander Weinbaum nachbildlich disziplinierten — Vereinigten Synagogenchöre der jüdischen Gemeinde. „Wo ist ein so herrlich Volk“ von Brahms stand am Schluß der ersten Abteilung; der imposante A-cappella-Chor gab dem eindrucksvollen Stück Außerordentliches an schönem Stimmklang. Aber statt Brahms, Händel, Bizet, Georg Schumann hätte man lieber mehr von jener original-jüdischen Musik gehört, der als Solist der Oberantort Leo Gollanin, dem Berliner Konzertbesucher nicht unbekannt, in seiner edelmütigen Art ein gewinnender Interpret ist. Von ihm könnte Jan Kiepura Wärme und Haltung auf dem Konzertpodium lernen. Zu lernen hätte er auch sonst noch allerlei; seine Stimme — ohne Zweifel eine der schönsten Tenorsstimmen der Epoche — ist ernstlich in Gefahr, durch schlechten Gebrauch ruiniert zu werden.

## Glücksspieler-Kirchen.

Man möchte das Goethesche Replikatwort nicht zu Tode setzen. Aber in anderthalb Jahrhunderten hat es nichts an Wahrheit eingebüßt: „Die Kirche hat einen guten Magen.“

Diffidenten wissen ein Lied davon zu singen, wenn ihnen eines Tages „bei Vermeidung sofortiger Zwangsversteigerung“ eine Auforderung ins Haus schneit, Kirchensteuern zu entrichten. Auf Bescherde: Bitte, weist nach, daß ihr der Kirche nicht angehört. Wo ob nicht die steuerheischende Kirche ihrerseits den Nachweis zu erbringen hätte, daß der Verantworte ihr Mitglied ist. Die Kirche verdammt die „Helden“, aber ihre Gelder nimmt sie gern.

Doch gibt es noch erbaulichere Fälle. Im Schweizer Nationalrat hat man jüngst über die Wiedereinführung des Glücksspiels in den Kantonen gestritten und sie mit erheblicher Mehrheit zur Annahme empfohlen. Die eifrigen Befürworter machten geltend, daß der Spielbetrieb schon Gelder einbringe. So seien z. B. in der Stadt Genf durch die Einnahmen aus den Spielbanken zwei Kirchen neu gebaut worden.

Es ist dankeenswert, daß wir auf diese Weise über die Mittel unerrichtet werden, aus denen Kirchen entstehen. Die offizielle Kirche verdammt die „Höllerei, Sauterei und Hurerei“, wozu doch das Glückspiel auch gehört. Unter hundert Spielern sind es mindestens neunundneunzig, die ihre Gewinne bei Sekt und Weibern durchbringen.

Kinder glückliche Spieler freilich ruinieren sich und ihre Familie. Stöße Kathedralen redn losir ihre Türme in die Höhe, lassen ihre bunten Glasfenster funkeln, das majestätische Orgelwerk erdröhnen — alles erbaut aus dem Sommer und den Tränen existenzlos gewordenen Spielerfrauen und Spielern.

Eine gewisse Anzahl Spieler endet jedes Jahr mit dem Strick um den Hals oder der Kugel durch den Kopf. Wen besser stehen sie da als jene Bankiers und Großkaufleute, die zu Zeiten Wilhelms und seiner frommen Gattin mit 30 000 Mark für einen Kirchenbau —



# Was wird aus der Ostfiedlung?

Ausprache zwischen Parlament, Reich und Preußen.

Die grundsätzliche Ausprache über die Siedlungsmaßnahmen des Reiches und der Länder in der Nachkriegszeit gab in der letzten Sitzung des Siedlungsausschusses im Reichstag den verantwortlichen Stellen — Parlament, Reichsregierung und Länderregierungen — Gelegenheit, die Richtlinien ihrer Arbeit klar herauszustellen.

Für die Sozialdemokratie formulierte der alte Vorkämpfer der sozialistischen Bauernpolitik, Genosse Dr. David, erneut das Bekenntnis der Partei zur

## Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Bauern.

Eine Verdichtung der Bevölkerung in den menschenleeren Kulturstreifen Ostpreußens ist bisher nicht zu verzeichnen. Der Landarbeiter werde nicht angezogen, sondern eher vertrieben. Die großen Landankaufstriebe dürfen nicht zur Sanierung herabgewirtschafteter Latifundien verwandt werden. Bei der Aufstellung der Güter in Bauernwirtschaften sollten Restgüter stets vermieden werden. Es sei eine Legende, wenn die deutschen nationalen Vertreter behaupten, Restgüter seien als Rußland- und Besspeiwirtschaften für den Kleinbetrieb dringend notwendig. Der Kleinbauer kann in seiner Bewirtschaftung (Bleichgut, Gemüse- und Obstbau) von den Kornbau- und Hackfruchtwirtschaften der Großbetriebe für sich nichts lernen. Die schwierige Lage mancher Teile der Landwirtschaft sei nicht zu beheben durch eine Verteuerung der Preise ihrer Produkte (Hefe), sondern nur durch eine Verbilligung ihrer Kosten. Genossenschaftsabdichtung statt Zwischenhandel, Betriebsberatung, Schulung, Abfahrtsicherung u. a. müsse die deutsche Bauernwirtschaft auf den Stand der dänischen Produktion bringen.

## Das Ziel der Sozialdemokratie sei die Schaffung selbständiger bäuerlicher Familienbetriebe.

Das Arbeitsministerium gab durch Ministerialrat Bötz programmatische Erklärungen ab, die inhaltlich eine völlige Bestätigung der von unseren Genossen geübten Kritik an der preussischen Siedlung bedeuteten. Auch das Reichsarbeitsministerium müsse fordern, daß bei der Aufstellung der Großgüter keine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Feuerstellen wie in Mecklenburg statifinde.

## Die Landflucht der Landarbeiter müsse vermieden werden.

Die Reichsregierung beabsichtige, im Nachtragsetat für 1927 Mittel zur Verbilligung von Landarbeiters-Wohnungsbauten anzufordern. Auch das Reich sei der Meinung, daß nicht relativ kapitalträchtige Großbauern, sondern Kleinbauern anzusehen seien, die, wie in Ostenburg, durch Mitarbeit an den Kultur- und Bauarbeiten zu beteiligen seien. Das Ministerium berate im Augenblick über Maßnahmen gegen Boden- und Baustoffwucher.

Ministerialdirektor Articus vom preussischen Landwirtschaftsministerium stützte an der Hand von Kartenmaterial den Umfang der preussischen Siedlungsarbeit. Eine allgemeine Verminderung der Feuerstellen sei auf den besiedelten Gütern nicht festzustellen. Das Prinzip der intensiven Siedlung, das dem Reusiedler ein fertiges Bauerngut gegen eine entsprechend hohe Anzahlung gibt, sei beizubehalten. Preußen werde im kommenden Jahr für Landarbeiterwohnungen zinsfreie Einrichtungskredite gewähren.

Die Ausprache hat nicht den Eindruck erweckt, als beabsichtige die bisher für die preussische Siedlungspolitik maßgebende Stelle den alten Kurs aufzugeben, den wir für grundsätzlich nicht richtig halten.

## Im Reichswehrministerium.

„Herr Reichswehrminister, eben ist die totale Mondfinsternis eingetreten, wollen Sie das Schauspiel beobachten?“  
„Gehier (träumerisch): Luna verfinstert sich. Könnte ich doch Beobachtung ebenfalls beobachten!“

nicht etwa eine Vergebung ihrer Sünden, sondern die Verleihung des Kommerzienratsstitels erstrebten. Denn diese operten doch nur einen Bruchteil ihrer — oftmals auch recht zweifelhafte — Einkünfte. Der unglückliche Spieler aber hat alles geopfert.

Der sozialistische Wiener Gemeinderat hat ein sehr gefundenes Prinzip erdacht: an den musterwürdigen Gebäudekomplexen, die er aus der Besserung der Wohlhabenden errichtet, läßt er Anwohner anbringen: „Erbaut aus den Einkünften der Wohnungssteuer der Stadt Wien.“

Wir empfehlen das jenen Kirchen, die vom Glückspiel profitieren, zur Nachahmung. Mögen sie den Mut der Offenheit haben und an ihre Gotteshäuser schreiben: „Erbaut aus den Einkünften von Roulette, Baccarat, Meine Tante — deine Tante und Lustige Sitten.“  
Jonathan.

Der Rücktritt des Direktors der Frankfurter Städtischen Bühnen. Zum Rücktritt des Direktors Müller-Bieland wird vom Frankfurter Magistrat mitgeteilt, daß er dadurch notwendig wurde, daß Müller-Bieland sich auf Revuegeschäfte eingelassen hat, zu denen er die Zustimmung seines Aufsichtsrates nicht bekam, und seine Stellung zu persönlichen Geschäften in einer Weise benutzte, die über das erlaubt Maß weit hinausgeht. Bis auf weiteres ist der bisherige Vize-Direktor der Städtischen Bühnen, Dr. Seidel, mit der Führung der Geschäfte als Direktor betraut worden.

Furcht vor Romanen. Aus Südtirol ausgewiesen wurde der Dichter Otto Platte, nachdem bereits die italienische Ausogabe seines in Südtirol spielenden „Sommerromans“ beschlagnahmt worden war. Platte, der seit einiger Zeit seinen Wohnsitz in Colle alba (dem ebemaligen Mosenbrenn) hat, ist in seiner ganzen weltbürgerlichen Einstellung durchaus über jeden Vorwurf des Nationalismus erhaben. Wenn also die italienischen Behörden ansüchtige Stellen in seinem letzten Werk entdeckt haben, so beweist das nur ihr schärfes Geschnen gegenüber jeder feilen Möglichkeit einer Kritik an der italienischen Herrschaft in Südtirol.

Ein Scher über Dreihing Millionen Mark. Lady Houston, deren jüngst verstorbenen Gatte, einer der reichsten britischen Großindustriellen, sie zur Haupterin seines Pflanzensamens einsetzte hatte, hat jetzt dem Schatzkammer die ihr in Höhe von 1.500.000 Pfund Sterling anvertraute Erbschaftsteuer — 30 Millionen Mark — in Gestalt eines über diese Summe lautenden Schecks überandt. Das ist einer der größten Beträge, die durch Scheck gezahlt worden sind.

Harry Comberis-Deutscher wird in der Rollbahn den „11 in Stellen“ in Deutscher „Kann ich kann“ spielen und mit dieser Rolle nach längerer Pause wieder die Bühne betreten.

„Der kleine Vögel“ kommt wieder nach Berlin mit einem neuen Programm. Er wird vom 10. Dezember an im „Neuen Theater am Zoo“ gastieren.

55 P. 3. allen Goldes des in den Reichstag 5. Jahres. Der letzte Kubort des amerikanischen Schatzkammers gibt den Goldvorrat in den Vereinigten Staaten mit 18 Millionen Mark an; das sind 55 Proz. aller Goldvorräte der Welt. Das Gold, das sich in der New Yorker Staatsbank befindet, wird mit 8 Millionen Mark angegeben.

Spannendes Einwohnereisen. Das vorläufige Resultat des Einwohnereisenjahres vom 1. Dezember ergibt 268.000 Einwohner, was einen Zuwachs von 4500 Personen im Laufe des letzten Jahres bedeutet.

# Das neue Wien.

## Ein Denkmal der aufbauenden Sozialdemokratie.

Was die Gemeinde Wien nach dem Kriege unter sozialdemokratischer Verwaltung aus der ehemaligen „Kaiserstadt“ zu machen verstanden hat, ist im „Vorwärts“ schon mehrfach dargelegt worden. Das Ergebnis der dem Volkswohl dienenden Aufbauarbeit der Sozialdemokratie Wiens wird uns jetzt anschaulich und überzeugend in einem Filmvortrag vorgelegt, den der Genosse Dr. Kurt H. Busse-Hannover am Mittwoch in einer allgemeinen Funktionärversammlung des Deutschen Bauergewerksbundes hielt. Dr. Busse hat selber in der Nachkriegszeit mehrere Jahre in dem republikanischen Wien gelebt und die Aufbauarbeit kennengelernt.

Dr. Busse wies einleitend darauf hin, daß in dem Aitentat auf den Wiener Bürgermeister Genossen Seig im Grunde genommen nur ein Ausdruck der Mut zu sehen ist, mit der die reaktionären Kreise Wiens und Oesterreichs die erfolgreiche Aufbauarbeit der Wiener Sozialdemokratie verfolgen. Unter den

## Werken weitschauender Wohlfahrtspflege.

die Wien in wenigen Jahren zustande gebracht hat, steht voran die großartige Wohnungsbautätigkeit. Die Stadt Wien, die der Krieg als eine „sterbende Stadt“ hinterließ, hat hier eine Probe unversehrlicher Laitrait abgelegt und darf stolz sein auf diese Leistung, die ohne Beispiel ist. Der Film zeigt zunächst in seinem ersten Teile den Glanz und Prunk des kaiserlichen Wien, die öffentlichen Bauten der Innenstadt, die prächtigen Hofpaläste, die über das Elend der Arbeiterquartiere hinwegtäuschten. Wie es in den Außenvierteln der gemauerten Kaiserstadt, in den von der Arbeiterklasse bewohnten Stadtvierteln aussah, davon bietet der zweite Teil des Films schlimme Proben. Dann folgt im Film eine eingehende Darstellung der unter der sozialdemokratischen Verwaltung einsetzenden und erfolgreichen Bemühungen, das verrottete Wohnungsweien Wiens zu bessern. Bürgermeister Genosse Seig, der frühere Volksschullehrer, der unter christlich-sozialer Herrschaft wegen seiner sozialistischen Ueberzeugung gemahregelt wurde, und neben ihm Stadtrat Genosse Siegel, ein früherer Maurer, und Stadtrat Genosse Weber, ein früherer Metallarbeiter, waren Führer auf dieser Bahn zum neuen Wien. Dem genialen Finanzreferenten der Gemeinde, dem Genossen Dr. Breitner, ist es zu danken, daß die bedeutenden Mittel zur Ausführung des großen Werkes beschafft werden konnten. In wenigen Jahren hat die Gemeinde 50.000 Wohnungen hergestellt, die trotz notgedrungener Raumbeschränkung höchst zweckmäßig gebaut sind.

## Luft und Sonne

können überall hineingelangen, hinein in die Wohnungen, hinein auch in Herzen und Hirne. Den Fortschritt, den die Wohnungsbauten des sozialistischen Wien gebracht haben, wissen besonders die Frauen zu schätzen. Die Küchen sind so eingerichtet, daß die hauswirtschaftliche Arbeit sehr wesentlich erleichtert wird. Vor allem hat jede Küche ihre Warmwasserversorgung. Jeder Bauschloß hat auch eine gemeinsame Zentralwaschlüche, in der alle Arbeit maschinell ausgeführt wird, so daß die ganze Wäsche vom Einweichen bis zum Trocknen (mit Heißluft) und zum Rollen oder Plätten in wenigen Stunden erledigt werden kann. Der Film bringt interessante Bilder aus solcher Wohlfüche.

Die Zusammenlegung der Wohnungen zu großen Bauschloß hat

die Schaffung noch anderer Gemeinschaftseinrichtungen ermöglicht. Jeder Bauschloß hat z. B. seinen eigenen Kindergarten, dem die Mütter ihre Kinder vertrauensvoll übergeben dürfen. Auch das bedeutet eine Entlastung, die man mancher werttätigen Frau wünschen muß. Das ganze Leben in diesen von der Gemeinde errichteten „Wohnburgen“, wie man die Bauschloß nennen könnte, ist auf Gemeinschaft eingestellt. Bibliotheken, Leseräume, Badeanstalten, Turnplätze, Spielplätze sind mit ihnen verbunden.

## Und der Preis dieser Wohnungen?

Er ist so mäßig, daß wir Berliner ihn mit Staunen hören. Während in der Kaiserstadt Wien die Arbeiter für ihre schandbar elenden Wohnungen bis zu 30 Proz. ihres Lohnes hingeben mußten, erfordern in den Gemeindefbauten der sozialdemokratisch verwalteten Volksstadt Wien die Mieten nur 2 bis 5 Proz. des Lohnes. Ermöglicht ist das und die ganze Wohnungsbautätigkeit der Gemeinde durch die in Wien auf Dr. Breitners Betreiben eingeführte Wohnungsbausteuer. Sie holt aus den Luxuswohnungen der Wohlhabenden sehr ansehnliche Beträge heraus, während sie die bescheidenen Quartiere der Unbemittelten steuerfrei läßt. So zahlte der Baron Rothschild für sein Schloß einen Steuerbetrag, der in deutschem Geld 250.000 Goldmark ausmacht. Dazu kommt noch eine Luxussteuer auf „Dienstboten“, falls sie in großer Zahl gehalten werden. Rothschild, der nicht weniger als 88 „Dienstboten“ hat, zahlt dafür eine Steuer, die 125.000 deutschen Goldmark gleichkommt. Aus dem Ueberfluß nimmt die sozialistische Verwaltung die Mittel, ihre Wohnungsbauten zu finanzieren. „Steuerjudentum“ ist diese sozialistische Steuerpolitik in ohnmächtiger Wut von denen genannt worden, die von ihrem Ueberfluß abgeben müssen. Dr. Busse unterließ nicht, hervorzuheben, daß bei der

## Vergleichung mit unserem Berlin

die ganz anderen Voraussetzungen beachtet werden müssen, die für uns gegeben sind. Wien ist eine Art Stadtstaat, der selber solche Steuererlese machen darf, während Berlins Steuerhoheit eingegrenzt ist. Der geschickte Steuerjudentum Wiens war und ist die Grundlage der sozialistischen Aufbauarbeit der in Krieg und Inflation zusammengebrochenen Gemeinde. Die Wiener haben aber vor uns Berlinern auch das voraus, daß in ihrem Gemeindepalast die Vertreter der Sozialdemokratie sich einer beherrschenden Nachstellung erziehen. In Wien ist, betonte Genosse Busse, die Arbeiterklasse einig! Wien hat in der Gemeindevorstellung 80 Sozialisten, 40 Kommunisten und keine Kommunisten. Kann in Berlin die Sozialdemokratie aus kommenden Wahlen als herrschende Partei hervorgehen, so wird sie auch hier freiere Hand für ihre Aufbauarbeit haben.

Der Redner erntete für seinen Vortrag, aus dem eine warm und starke Begeisterung für das Aufbauwert der Wiener Sozialdemokratie sprach, lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Diskussion berührte Genosse Dr. Busse in seinem Schlußwort die Bestrebungen zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Das rote Wien werde ein Geschenk für Deutschland sein, ein Muster unbeugbaren Aufbauwillens, dem wir nachzueifern müssen.

Der Vortrag wird in den nächsten Tagen und Wochen in mehreren anderen Organisationen wiederholt werden.

## Zwei Tote in der Garage.

### Schweres Unglück durch Einatmen von Benzingasen.

Ein glücklicherweise seltenes, von außergewöhnlich schweren Folgen begleitetes Unglück ereignete sich gestern Abend in einer Autogarage. Seine Opfer wurden der 32 Jahre alte Kraftwagenführer Otto Poltsch aus der Brunnenstraße 30 und sein Mitfahrer, der 21 Jahre alte Otto Kiehlung aus der Brauhausstraße 9 zu Weihensee.

Beide Männer fuhrten für eine Firma in Eichwalde einen 5-Tonnen-Lastkraftwagen, mit dem sie Maurerziegel und andere Baumaterialien beförderten. Als sie gestern Abend mit ihrer Tagesarbeit fertig waren, brachten sie den Wagen nach einer Garage in der Hirttenstraße 16, in der sie ihn unterzustellen pflegten. Sie keilten eine kleine Beschädigung am Motor fest und machten sich daran, sie auszubessern. Wegen der Kälte blieben sie die Garagenür geschlossen, ließen aber auch den Auspuff offen. So entwichen der Maschine nach und nach viel Benzingase, daß die Männer während der Arbeit betäubt wurden, hinfielen und hilflos liegen blieben. Heute Morgen um 6½ Uhr kam die Braut Kiehlungs, um ihm das erste Frühstück zu bringen. Ihr fiel gleich ein starker Geruch auf und als sie öffnete, fand sie die beiden Männer regungslos in der Garage liegen. Das Mädchen alarmierte die Polizei und es erschienen alsbald Schupo- und Kriminalbeamte des 7. Reviere und Sanitätsmannschaften der Rettungswache III. Durch weites Öffnen der Tür verschaffte man den Gafen Abzug. Die Wiederbelebungsoertuche, die sofort aufgenommen wurden, blieben erfolglos. Beide Männer waren tot.

Die Kriminalpolizei des Polizeiamts Mitte beschlagnahmte die Leichen und ließ sie nach dem Schauhaus bringen. Sie stellte fest, daß keine fremde Schuld, sondern ein Unglück vorliegt. Ob das durch eigene Vorkehrungen an der Garage hätte vermieden werden können, untersucht sie gegenwärtig noch. Poltsch war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

## Stand der Diphtherie in Berlin.

Das Hauptgesundheitsamt teilt mit:

Die Zahl der Diphtherieerkrankungen in Berlin hat in den letzten Tagen keine besondere Zunahme erfahren, aber auch noch keine beträchtliche Abnahme. In den städtischen Krankenhäusern befinden sich zurzeit 305 diphtheriekrante und 432 schwer- und mittelkranke Patienten. Im Bezirk Tiergarten mußte eine Schulklasse wegen Ziegenpeter, im Bezirk Steglitz eine Schulklasse wegen Diphtherie geschlossen werden.

## Raubüberfälle in Zehlendorf.

Der sonst so stille Bezirk Zehlendorf, in dem es laut nur auf der größten Parkstr. nach Potsdam führenden Autofahrt ausgeht, ist durch zwei unmittelbar aufeinanderfolgende mit großer Frechheit ausgeführte Raubüberfälle aufgessert worden. Am Freitag nachmittags gegen 6 Uhr wurde eine 35jährige Angestellte in der Niemeisterstraße kurz vor dem Eingang zur Großsiedlung von einem jungen Burschen mit vorgehaltenem Revolver angehalten. Der Bursch nahm der hilflosen die Geldtasche mit 21 M. und verschwand ungehindert. — Weil es so gut gegangen war, wurde bereits am Dienstag Abend ein ähnlicher Ueberfall erfolgreich ausgeführt. Diesmal hatten sich die Räuber den nördlichen Teil Dahlems ausgesucht. An der Ecke der Kronprinzessinallee und der Hendenstraße fielen zwei Kerle über eine Hausangestellte her und raubten ihr, indem sie das Mädchen durch einen Revolver einschüchterten, die Handtasche mit fichen Mark Inhalt. In beiden Fällen war polizeilicher Schutz weit und breit nicht

zu sehen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Polizeistreifen in diesen Aushengebieten vermehrt werden, und daß der Bevölkerung durch Verbilligung der Woffenscheine die Möglichkeit gegeben wird, sich selber zu schützen.

## Für weltliche Schule — gegen Reudell.

### Das unhöfliche Provinzialschulkollegium.

Die „Freie Schulgesellschaft“ und die Sozialdemokratische Partei veranstalteten am Mittwoch eine Kundgebung in Tempelhof, in der Genossin Wegscheider über den Reudellischen Schulstreik referierte. Genossin Wegscheider verglich in ihren Ausführungen die Verfassungsbestimmungen über die Schule mit den Paragraphen des Reichsschulgesetzentwurfes. Diese Gegenüberstellung ergab, daß die Reichsregierung nicht davon zurückschreckt, den Sinn der Verfassung unzuwenden. Die Reichsregierung will den Entwurf noch in diesem Reichstag Gesetz werden lassen. Ueberall im Lande agitiert die Geistlichkeit gegen die weltliche Schule mit Klaffen und Schlingen, mit denen zu arbeiten sich jeder sozialdemokratische Funktionär schämen würde. Der Vorsitzende der Freien Schulgesellschaft, Platte, gab einen Bericht über die Bestrebungen der Schulgesellschaft in Tempelhof eine weltliche Schule zu errichten. Trotzdem über 150 Eltern ihre Kinder zur weltlichen Schule angemeldet haben, hat die Schuldeputation der Errichtung einer weltlichen Schule nicht zugestimmt. Der Redner schilderte die Entwicklung der weltlichen Schulen in anderen Städten. Was in großen Städten im Reich möglich war, muß auch in Tempelhof gelingen. Er forderte die Eltern auf, noch einmal ein Gesuch auf Errichtung einer weltlichen Schule einzureichen. In der Diskussion führte Genosse Klühs aus, daß in der Schuldeputation die Geistlichen und die Volkspartei die Macht hätten und sie benutzen, um der Errichtung einer weltlichen Schule entgegenzuwirken. Die Eltern, die eine solche Schule wünschen, haben sich beim Provinzialschulkollegium beschwert und dort nicht einmal eine Antwort erhalten. Der Redner forderte die Versammlungsteilnehmer auf, in die Freie Schulgesellschaft einzutreten, um alle Kräfte der freien Schulbewegung zu sammeln.

## Dachstuhlbrand in Friedrichshagen.

Im Hause Viktoriastraße 4 in Friedrichshagen entstand heute mittag ein Dachstuhlbrand, der in kurzer Zeit große Ausdehnung annahm. Bei Schluß des Blattes sind vier Löschzüge der Feuerwehr noch an der Brandstelle tätig.

Weihnachtskonzert der Schuppolizei Berlin. Das Kommando der Schuppolizei Berlin veranstaltete auch in diesem Jahre anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes am Sonntag, dem 11. Dezember, 11½ Uhr, im Großen Schauspielhaus ein Konzert bei freiem Eintritt, in erster Linie für Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeteiligte und Kriegerhinterbliebene, das der Wohlwollensstimmung Rechnung trägt. Da im Vorjahre tausende Kartenanforderungen unberücksichtigt bleiben mußten, wird das Konzert in diesem Jahre, um es weitesten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen, zum ersten Male durch den Kundfunksender Berlin übertragen. Es wirken mit: Das etwa 100 Mann starke Sinfonieorchester und der 200 Sänger und Sängerinnen starke Chor der Schuppolizei Berlin. Die Leitung liegt in Händen von Cam-Lo Hildebrand. Als Solist ist Kammerorganist Leo Schüppenbach verpflichtet. Die Kartenausgabe ist dem Landeswohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Berlin übertragen, das sämtliche Wohlfahrtsstellen der Stadt Berlin mit Karten beliefert.



# Die Wahrheit über Rußland.

## Eindrücke des Vorsitzenden der 3. Delegation.

In der Versammlung des Reichstages des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Dienstag schilderte der erste Vorsitzende der dritten Arbeiterdelegation nach Rußland, Genosse Pichoff, seine Eindrücke über Rußland.

Er betonte einleitend, daß man die Delegation überall mit Kräftigen begrüßt und auch überall gut versorgt habe. Seine Studien in Leningrad haben ihn davon überzeugt, daß Rußland nach einer ungeheuren Aufbauarbeit zu leisten habe, daß es aber ernstlich bemüht sei, die bestehenden Mißstände zu beseitigen.

Auf die Wahlen zu den einzelnen Körperschaften der Sowjetunion eingehend, erklärte er, daß er nicht feststellen konnte, ob auf die Wähler irgendein Druck ausgeübt wurde. Das Wahlrecht sei aber

### In Sowjetrußland ein Klassenwahlrecht.

Während die Industriearbeiter 25 000 Stimmen für ein Mandat aufbringen müssen, sind bei den Landarbeitern dazu 125 000 Stimmen notwendig.

Der gesetzlich verordnete Achtstundentag wird im allgemeinen von den Arbeitern eingehalten. Jedoch ist dabei zu bemerken, daß diese gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nur für die Industriearbeiterschaft besteht, nicht aber für Hausangestellte und Landarbeiter. Auf die Industriearbeiterschaft entfallen in Rußland etwa 8 Millionen Arbeiter, wogegen

### In der Landwirtschaft, auf die die große Mehrheit der Arbeiter entfällt, der Achtstundentag nicht existiert.

Er habe auch festgestellt, daß für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für Arbeiter in besonders gesundheitlich schädlichen Betrieben kürzere Arbeitszeiten bestehen. Die Bauern sind ebenfalls gesetzlich geregelt und betragen 1/2 bis 2 Stunden täglich. Sie werden aber teilweise bis zu drei Stunden ausgedehnt, so daß z. B. in Krankenhäusern dadurch praktisch das Zweifachtagewerk besteht. Die ebenfalls gesetzlich geregelten

### Ueberstunden werden allerdings oft überschritten

und auch nicht immer mit Genehmigung der Gewerkschaften ausgeführt, sondern nach Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat und der Betriebsleitung.

Der Referent schilderte dann den Stand der Sozialversicherung, der allerdings noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Er fand es besonders ungerecht, daß die Arbeitslosenversicherung in drei Klassen eingeteilt ist und daß die Handwerker und Angestellten gegenüber den anderen Angelernten Arbeitern stark bevorzugt werden. So erhalten Angestellte und Handwerker neun Monate lang 20 Rubel Arbeitslosenunterstützung pro Monat, während unangelernte Arbeiter nur 15 bis 19 Rubel auf die Dauer von sechs Monaten erhalten.

Er kam dann auf

### die Löhne in Rußland

eingehender zu sprechen. Es gibt in Rußland Qualitätsarbeiter, die bis zu 260 Rubel im Monat verdienen, daneben aber auch eine nicht geringe Zahl, die nur 30 Rubel im Monat verdienen. In den von ihm besuchten Krankenhäusern erhielten ungelernete Arbeiter monatlich 35 bis 40 Rubel, angelernte Arbeiter 55 bis 60, Handwerker 80 bis 130 und nur einige hochqualifizierte Spezialhandwerker bis 180 Rubel monatlich. Frauen- und Kinderzuschläge werden nicht bezahlt, auch wird keine freie Station gewährt. Er bezeichnete es als irreführend, daß man die Mitte zwischen den niedrigsten und höchsten Löhnen als Durchschnittslöhne des russischen Arbeiters bekannt gibt.

Auf Grund dieser Berechnung muß man zu falschen Schlüssen kommen. Fest steht jedenfalls, daß

### das Gros der russischen Arbeiter sehr schlecht entlohnt

wird. Der Referent bewies dies noch näher durch eine Gegenüberstellung der Löhne mit den unbedingt notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt und den Lebensmittelpreisen. Nach einer Schilderung von den besuchten Sanatorien und Schulen, die er in musterähnlichem Zustande gefunden hat, kam er auch auf das Elend der von Ort zu Ort ziehenden Kinder und Jugendlichen zu sprechen. Er war entsetzt, als er diese Menschen in zerlumpter Kleidung und total verkommen unter den Eisenbahnwagen hängend umherziehen sah. Die russische Regierung gibt sich zwar alle Mühe, mit diesen Mißständen aufzuräumen, doch gelingt ihr dies nur sehr langsam. Ueber das Gefängnis in Tiflis berichtete er, daß er das Gefängnis sowohl wie die Zellen der Gefangenen in sehr laubem Zustand vorgefunden habe. Auch haben die Gefangenen, selbst Menschenaffen, nicht über schlechte Verpflegung oder gar Mißhandlungen geklagt. Während aber mit Ausnahme der kriminellen Verbrecher allen übrigen Gefangenen, die arbeiten, zeitweise Urlaub gewährt wird, bekommen die Menschenaffen keinen Urlaub, weil man ihnen keine Arbeit gibt. Er habe einen 76 Jahre alten und weißhaarigen Menschenaffen gesprochen, der

### seit 1925 in diesem Gefängnis sitzt, ohne abgeteilt zu sein

und der nicht wußte, warum er gefangen gesetzt sei. Dieser Gefangene habe ihm erzählt, daß sämtliche gefangenen Menschenaffen einen Brief an die georgische Regierung gerichtet hätten, in dem sie sich bereit erklärten, am Aufbau des Staates mitzuarbeiten und auch nicht illegal gegen die jetzige Staatsgewalt aufzutreten, wenn man ihnen die Freiheit wieder gibt. Während der Gefängnisdirektor der Delegation erklärte, von diesem Brief zu wissen, hatte die danach befragte Regierung keine Kenntnis von diesem Brief. Sie versprach den Delegationen, deswegen bei der Moskauer Regierung anzufragen und den Delegationen Bescheid zukommen zu lassen, was jedoch bis heute noch nicht geschehen ist. Der Referent schloß seine Ausführungen damit, daß er wohl anerkennen müsse, daß die Sowjetregierung ernstlich bestrebt sei, einen sozialistischen Staat aufzubauen, daß man aber für Deutschland und überhaupt

### für Westeuropa die Diktatur ablehnen müsse,

weil man die russischen Verhältnisse auf unsere Staaten nicht einfach übertragen könne.

In der Diskussion sprachen der bekannte „Rußlanddelegierte“ Doehagen und der Kommunist Wälber, denen die letzten Ausführungen des Referenten nicht angenehm waren, die sie aber doch nicht zu entkräften vermochten. Der ehemalige württembergische Landtagsabgeordnete Wälber, der eine dunkle Rolle als Agent provocateur gespielt hat und deshalb seinerzeit sogar von der SPD. fallen gelassen worden ist, erging sich in Schmähreden und Beleidigungen gegen die Gewerkschaftsführer und die anwesenden sozialdemokratischen Mitglieder. Er quittierte einen Zwischenruf schließlich damit, daß er eine schwere eiserne Kampfbekleidung ergriff und nach dem Zwischenruf schreuderte. Sie fiel aber glücklicherweise vor dessen Füßen nieder. Ob dieses Mißvergnügen seiner „Leberzungenstrost“ sprang dieser Agent provocateur mit einem Satz von der Bühne herab und stürzte sich wie ein Wilder auf den Zwischenrufer. Nur einigen besonnenen Veranlassungsteilnehmern war es zu verdanken, daß die Versammlung die furchterregend gewordenen, nicht in eine wilde Schlägerei ausartete. Diese beispiellosen Vorgänge, durch die die Agenten Rostans Gewerkschaftsversammlungen schänden, müssen allen eine Lehre sein.

Die Organisation konnte irgendein Nachtmittel zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht einsehen, da sie zur Einhaltung des Tarifes verpflichtet ist. In einigen Betrieben, wo das Organisationsverhältnis gut ist, hat die Belegschaft dennoch eine außertarifliche Lohnzulage durchgesetzt.

Nachdem führende Mitglieder des Arbeitgeberverbandes dem Verkehrsband bestimmt zugesichert haben, daß sie zu Verhandlungen am 2. spätestens jedoch 4. Januar bereit seien, und keine Absicht besteht, diese Verhandlungen zu verschleppen, haben die Funktionäre der Handelsarbeiter in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jetzt nichts weiter zu unternehmen, sondern diese Verhandlungen abzuwarten.

In der Diskussion wurde gegen diesen Beschluß der Funktionäre nichts eingewendet, aber allgemein hervorgehoben, daß das Organisationsverhältnis durch rege Agitation in den Betrieben verbessert werden müsse, um erfolgreichere Lohnbewegungen als bisher führen zu können. Dem Kommunisten Ruhnke blieb es vorbehalten, die Diskussion dazu zu benutzen, um gegen die Taktik der „reformistischen“ Gewerkschaften zu warnen, nicht minder aber auch auf den „Schlichtungsschwindel“, den DGB. und den „Vorwärts“ zu schimpfen. Das ist um so bedauerlicher, als es sich um einen Funktionär und Generalversammlungsdelegierten des Verkehrs-

bandes handelt, der diese zugleich als Werbervermittlung geschätzte Veranstaltung dazu benutzte, den Unorganisierten den Anschluß an die Gewerkschaften auf solche Weise zu „empfehlen“. So organisationschädigend können aber nur Leute auftreten, deren tägliche geistige Kost die „rote Fahne“ ist.

### Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Dem Reichswahlprüfungsausschuß der freien Angestelltenverbände liegen über die Wahlen zur Angestelltenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 36 Wahlkreisen vor. Das Gesamtstimmenergebnis ist nunmehr folgendes: Allgemeine freier Angestelltenbund: 244 920, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband: 241 020, Gewerkschaftsbund der Angestellten: 212 823, sonstige Hauptausführungverbände: 62 339, 17 Frauenberufsverbände: 81 467.

### Arbeitsaufnahme in den Leipziger Zigarrenfabriken

In den Leipziger Zigarrenfabriken wird nach Besprechung mit den gesetzlichen Betriebsvertretungen die Arbeit endgültig am Freitag und an den folgenden Tagen gemäß den in Berlin von den beiderseitigen Spitzenorganisationen getroffenen Vereinbarungen ordnungsgemäß wieder aufgenommen.

### Schiedspruch für die rheinischen Gemeindearbeiter.

In dem Streit zwischen dem Arbeitgeberverband rheinischer Gemeinden und den Gewerkschaften wurde, nachdem die Einigungsverfahren ergebnislos verlaufen waren, ein Schiedspruch gefällt. Die Löhne der städtischen Arbeiter erhöhen vom 1. Januar 1928 ab in den einzelnen Lohngruppen eine Erhöhung von 5 bis 8 Pf. pro Stunde. Die Neuregelung läuft bis zum 15. Juli 1928 und kann von da ab mit monatlicher Frist gekündigt werden.

### Die Eisenbahnerbewegung in der Tschechoslowakei.

Das Eisenbahnministerium hat dem Zentralauschuß der Betriebsmänner der Eisenbahnangestellten den Regierungsbeschluß überreicht, in dem den Eisenbahnarbeitern Gehaltszulage, Dienstzuschüsse und besondere Zuschüsse zugesichert werden. Die Zulagen betragen für Verkehrsbeamte 600 bis 1500 tschechische Kronen. Diese Zulagen werden aber nur den ausübenden Eisenbahnbediensteten zuerkannt. Das sind höchstens vierzig Prozent der gesamten Angestellten. Die übrigen sollen eine einmalige Weihnachtsbeihilfe erhalten.

Die Gewerkschaften bezeichnen dies als ungenügend und wollen versuchen, ihre Forderung durchzusetzen.

### Schiedspruch im australischen Hafenarbeiterstreik.

Im australischen Hafenarbeiterstreik ist die Entscheidung des Schiedsgerichtshofes ergangen. Es ist die Schaffung einer dreimonatigen Leberungszeit vorgesehen, während der die zwischen den Reedern und den Hafenarbeitern bestehenden Meinungsverschiedenheiten geregelt werden sollen. Die Lohnsätze bleiben in der Zwischenzeit unverändert. Man nimmt an, daß die Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen werden, vorausgesetzt, daß die Schiffseigner zustimmen.

Für die ausgeperrten Zigarrenarbeiter sind noch folgende Gelder eingelaufen: Vom Deutschen Zigarrenhändlerbund, Bezirksgruppe Rostock, 10 Mk., durch das Zigarrengeschäft Jörn, Rostock Straße 27, 18 Mk., worüber dankend quittiert, Deutscher Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Berlin.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schütz; Redaktion: R. S. Döhrer; Lokales und Sonstiges: Fritz Harßadt; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

### Die Handelsarbeiter im Einzelhandel.

#### Verhandlungen über eine zwischentarifliche Lohnzulage.

Eine öffentliche Versammlung der Handelsarbeiter und -arbeiterinnen des Berliner Einzelhandels beschäftigte sich am Montagabend im Gewerkschaftshaus mit der Frage einer zwischentariflichen Lohnbewegung. Genosse Pöllmeier vom Verkehrsband gab den Versammelten zunächst einen Überblick über die Einleitung und den bisherigen Verlauf dieser Bewegung. Schon im September wurde dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels die Forderung auf eine zwischentarifliche Lohnzulage unterbreitet. An Stelle von Verhandlungen hat sich ein ausgedehnter Briefwechsel zwischen den Organisationen entsponnen. Die Unternehmer behaupteten, daß nach ihrer Ansicht seit dem Abschluß des Tarifes im April keine Teuerung eingetreten sei, und daß die nur vorübergehende Preissteigerung zum Schluß des Jahres eine normale Erscheinung und in der letzten Lohnzulage bereits einkalkuliert worden sei. Sie erklärten sich schließlich bereit, Anfang Januar in Verhandlungen einzutreten und zu prüfen, ob eine wesentliche Teuerung eingetreten sei, und in welcher Höhe diese Teuerung abgegolten werden könne.

Die Organisation konnte irgendein Nachtmittel zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht einsehen, da sie zur Einhaltung des Tarifes verpflichtet ist. In einigen Betrieben, wo das Organisationsverhältnis gut ist, hat die Belegschaft dennoch eine außertarifliche Lohnzulage durchgesetzt.

Nachdem führende Mitglieder des Arbeitgeberverbandes dem Verkehrsband bestimmt zugesichert haben, daß sie zu Verhandlungen am 2. spätestens jedoch 4. Januar bereit seien, und keine Absicht besteht, diese Verhandlungen zu verschleppen, haben die Funktionäre der Handelsarbeiter in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jetzt nichts weiter zu unternehmen, sondern diese Verhandlungen abzuwarten.

In der Diskussion wurde gegen diesen Beschluß der Funktionäre nichts eingewendet, aber allgemein hervorgehoben, daß das Organisationsverhältnis durch rege Agitation in den Betrieben verbessert werden müsse, um erfolgreichere Lohnbewegungen als bisher führen zu können. Dem Kommunisten Ruhnke blieb es vorbehalten, die Diskussion dazu zu benutzen, um gegen die Taktik der „reformistischen“ Gewerkschaften zu warnen, nicht minder aber auch auf den „Schlichtungsschwindel“, den DGB. und den „Vorwärts“ zu schimpfen. Das ist um so bedauerlicher, als es sich um einen Funktionär und Generalversammlungsdelegierten des Verkehrs-

## Küchen

noch zum alten Preis

„Lila“-Eisen	43 K.	75 K.
Verlängerte-Eisen „Lila“	55 K.	118 K.
Verlängerte-Eisen „Lila“	105 K.	155 K.
Verlängerte-Eisen „Lila“	123 K.	185 K.
Wiederschleife, 12 cm	43 K.	55 K.

Ausstellung feiner rheinischer Küchen.  
Küchenmöbel-Haus  
Laserslein, Luckauer Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Bestellern Adolf Pohl  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude)

Auch bis zu  
18 Monatsraten  
Raddatz & Co.  
Berlin, Leipziger Str. 122/123

## Billige Lebensmittel

### KAUFHAUS TEMPELHOF

# KAT

BERLIN - TEMPELHOF  
BERLINERSTR. 128 ECKE KASERIN AUGUSTSTR. 1

### Für den Gabentisch!

## Nürnberger Lebkuchen

Spezialität:  
Haeberlein-, Metzger- und Bären-Lebkuchen  
Konfitüren

<b>Frisches Fleisch</b> Schweinebauch Pfd. 0.80 Schweineschink. Pfd. 0.90 Schweinekotelett Pfd. 1.05 Schweinerücken Kamm u. Blatt m. Beilage Pfd. 0.85 Rüchensci bratfertig Pfd. 0.88 Schmorfleisch Keule ohne Knochen Pfd. 1.10 Hammelfoerckel Pfd. 0.84 Hammelfeule Pfd. 1.00 Kalbskamm mit Brust Pfd. 0.74 Kalbskeule Pfd. 0.85 Gehacktes Pfd. 0.75 Gehacktes Ochsensuppenfleisch Pfd. von an	<b>Butter und Käse</b> Dän. Tafelbutter Pfd. 2.15 Prima Tafelbutter Pfd. 2.05 Münsterkäse vollf. Pfd. 1.20 Harzer Pfd. 0.50 Spitzkäse 3/4 Pfd. 0.25 Romadour Pfd. 0.25 Tilsiter vollf. Pfd. 0.98 Edamer Pfd. 0.85 Brie vollf. Pfd. 0.28 Dän. Schweizer vollf. Pfd. 1.20 Bayer. Birkkäse Pfd. 0.95	<b>Wild und Geflügel</b> Junge Bratgänse Pfd. von 1.00 an Oderer Mastgänse Pfd. von 1.25 an Suppenhühner frisch geschl. Pfd. von 0.80 an Mastputen Pfd. 1.90 Fr. Gänsekeulen Pfd. 1.45 Gänsestücken Pfd. 1.10 Rahblätter Pfd. 1.30 Hirschblatt Pfd. 0.95 Wildschwein-Frischlingskeule Pfd. 1.80 Frischlingsrücken Pfd. 1.30 Blatt 1.10 Hasen ganz Pfd. 1.10 Kaninchen Pfd. 1.05 Fasanen Pfd. 2.80 Wildragout Pfd. 0.42	<b>Obst und Gemüse</b> Rohkohl, Wirsingkohl Pfd. 0.10 Weißkohl Pfd. 0.05 Mören, gew. Pfd. 0.06 Kochäpfel und Kochbirnen Pfd. 0.14 Erdäpfel, belle fleur Pfd. 0.22 Schönerv. Boskoop Pfd. 0.26 Amerikaner-Äpfel Pfd. 0.38 Bananen Pfd. 1.00 Apfelsinen Pfd. 0.45 0.58 0.70 Mandarinen Pfd. 0.90 Zitronen Pfd. 0.10 Walnüsse Pfd. 0.68 Haselnüsse Pfd. 0.70 Ananas Pfd. 0.90	<b>Obst- und Gemüsekonserven</b> Schnitzbohnen 1/2 Dose 0.58 Gemischtes Gemüse 0.75 Kohlrabi 1. Scheibe m. Sals 0.55 Pfefferlinge 0.82 Steinpilze 1. eig. Sals 2.00 Pflaumen 1/2 Frucht ohne Sals 0.85 Johannisbeeren 1.25 Mirabellen 1.25 Erdbeeren 1.65	<b>Wurstwaren</b> Zwiebelfleisch Rotw. Pfd. 0.65 Schwarswurst Pfd. 1.00 Berl. Polt. m. Knob. Pfd. 1.15 Hausm.-Leberwurst Pfd. 1.00 Bauerleberw. Pfd. 1.30 H. Leberwurst Pfd. 1.50 Rotw., Thür. Art. Pfd. 1.1 Fleischwurst Pfd. 7.20 Jagdwurst Pfd. 1.20 Hildesheimer Pfd. 1.35 Bierwurst Pfd. 1.55 Horradella Pfd. 1.28 Schinken-Poln. Pfd. 1.40 Holst. Cervelat und Salami Pfd. 1.70
<b>Pa. Kabler Speer und Kamm Pfd. 0.98</b> <b>Pa. Schinkenspeck Pfd. 1.05</b>	<b>Margarine Pfd. 52, 62, 90</b> <b>Fische u. Räucherwaren</b> Pa. Fettbäcklinge Pfd. 0.40 0.48 Echte Kie. er Bäcklinge Pfd. 0.58 Sprossen Kie. Kiste 1 Pfd. netto 0.45 Seelachs geräuchert Pfund 0.68 Dän. Bratfische 1. Dose 0.50 Krabbeln in Gelee 1. Dose 0.55 Laxsill (Matjes l. Oel) Dose 0.75 Fettheringe l. Tomaten Dose 0.90 Sprossen in Oel 1. Dose 0.78	<b>Kolonialwaren</b> Fst. Auszugmehl 1-Pfd.-Zet. 1.95 Weizenmehl 000 Pfd. 0.20 Mandeln ungesch. Pfd. 2.10 Haselnüsse Pfd. 1.10 Sultaninen Pfd. 0.48 0.70 Rosinen Pfd. 0.58	<b>Clironal Pfd. 1.60</b> Vanillezucker 3 Bentele 0.20 Mohu, blau u. weiß Pfd. 0.78 Kafee täglich frisch gemalt, Pfd. 2.15 an Kaffeemisch. 39% Kaffee Pfd. 1. — Tee, 1st. Misch. Pfd. 4.50, 5.-, 5.50	<b>Weine und Liköre</b> 1928-r Oberhaardler 1/2 Fl. 1.99 1928-r caajolais 1/2 Fl. 1.80 Castel Miracruz 1/2 Fl. 1.80 1928-r Sauternes 1/2 Fl. 2.50 1928-r Exile de Graves 1/2 Fl. 2.1 Apfelwein 2. Bowle 1/2 Fl. 0.50 Brig. Jumbuk-Rum 1/2 Fl. 4.99 Jac. Jacob Alibrand 1/2 Fl. 4.50 Derby Weinbrand 1/2 Fl. 2.70	<b>Mettwurst Braunsch. Art. Pfd. 1.30</b> <b>Pa. Schinkenspeck Pfd. 1.70</b>